

Laut Presseberichten hat sich die Zahl der nach Halle (Saale) zugewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber im letzten Jahr deutlich erhöht. Während es im Jahr 2012 noch 172 Personen waren, die in Halle als Asylsuchende ankamen, stieg die Zahl im Jahr 2013 auf 402 Personen. Bereits im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA) am 12.09.2013 hatte der Beigeordnete Kogge über diese Entwicklung berichtet.

Wir fragen daher:

- 1) Aus welchen Ländern kamen die im Jahr 2013 der Stadt Halle zugewiesenen Flüchtlinge? Wie viele Frauen, wie viele Männer befanden sich unter den Ankömmlingen? Wie viele Familien mit Kindern waren darunter?
- 2) Kann die Stadtverwaltung mit ihrem Kontingent an Unterbringungsmöglichkeiten derzeit eine adäquate Unterkunft für alle Asylsuchenden gewährleisten? Für wie viele Personen maximal ist die derzeit vorhandene Infrastruktur zur Unterbringung ausgelegt? Wie viele Plätze stehen derzeit in Gemeinschaftsunterkünften und wie viele in Wohnungen zu Verfügung?
- 3) Mit welchem Unterbringungskonzept hat die Stadt die Beherbergung der zugewiesenen Flüchtlinge im Jahr 2013 organisiert? Welche Strategie zur Unterbringung verfolgt die Verwaltung zukünftig?
- 4) Welche professionellen Hilfen können traumatisierte Flüchtlinge und insbesondere deren Kinder vor Ort in Anspruch nehmen?
- 5) Wie viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter stehen den Flüchtlingen derzeit in den Gemeinschaftsunterkünften helfend zur Seite? Wie erfolgt die Betreuung derer, die dezentral untergebracht sind?
- 6) Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde sind derzeit damit beschäftigt die Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu betreuen? Wie gestaltet sich aktuell das Fallaufkommen pro Sachbearbeiterin bzw. Sachbearbeiter? Wie hat sich dieses Verhältnis im Vergleich zu 2012 und 2013 verändert? Gibt es Überlegungen eine Anpassung entsprechend des Bedarfs vorzunehmen?
- 7) Ebenfalls thematisierte der Beigeordnete Kogge im SGGA am 12.09.2013 die erforderliche Personalaufstockung im FB Soziales. Wurde diesem Erfordernis zwischenzeitlich Rechnung getragen?
- 8) Wie erfolgt die sprachliche Verständigung mit den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

gez. Dr. Inés Brock  
Fraktionsvorsitzende